

Workshop Wut

Demokratie an Schulen: Das Ende eines Programms

VON TORSTEN HARMSSEN

Rostock“, „Hoyerswerda“ und „Solingen“ sind Beispiele dafür, wie allein Ortsnamen für Ereignisse stehen können. Es ist gar nicht allzu lange her, dass sie zu Synonymen für Fremdenfeindlichkeit und Brutalität, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, vor allem im Osten Deutschlands, wurden. Damals, um die Jahrtausendwende, kam eine Gruppe von Wissenschaftlern um Wolfgang Edelstein, Professor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, auf die Idee, ein Programm aufzulegen, um Werte wie Menschenrechte, Demokratie oder soziale Integration in die Schulen zu tragen. „Denn wir haben nur die Schule, um die Herzen und Köpfe der nachwachsenden Generation zu erreichen“, sagt Edelstein.

Drei Jahre rangen sie, bis dieses Programm endlich installiert wurde: als Projekt der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK). Gestern nun fand es mit einer Konferenz im Berliner Umweltforum seinen Abschluss. Bundesweit nahmen 170 Schulen daran teil, fünf Jahre lang. Alle Bundesländer beteiligten sich, bis auf Niedersachsen, das Saarland und Bayern. „Bayern hatte erklärt: Unsere Schulen sind schon demokratisch, da müssen wir nichts tun“, sagte der Projektleiter Gerhard de Haan, Erziehungswissenschaftler an der FU Berlin. „Gott sei dank haben aber alle neuen Bundesländer teilgenommen.“ Die Länder und der Bund zahlten 13 Millionen Euro – jede Seite trug die Hälfte.

„Demokratie lernen & leben“ hieß das Gutachten des Bildungsforschers Wolfgang Edelstein und seines Kollegen Peter Fauser. Es gab dem Projekt seinen Titel und die Basis. Es ging davon aus, dass Jugendliche wenig Vertrauen in politische Institutionen haben und Demokratie über abstraktes Lernen kaum verinnerlichen. Man müsse andere Wege finden, um „kritische Loyalität“ und „demokratische Handlungskompetenz“ zu erreichen. Wie diese aussehen können, war gestern zu erfahren.

Demokratie bedeutet, Regeln des Streits zu erlernen, um Probleme zu lösen. Viele Schulen installierten Klassenräte und Schul-Parlamente. Oft nützten schon kleinere Debatten – etwa über den Umgang

mit Büchern, die für alle Schüler zugänglich sind –, um Erfahrungen mit Demokratie zu machen, wie das Beispiel einer Schule in Landau, Rheinland-Pfalz, zeigte. Demokratie bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. In Baden-Württemberg halfen Achtklässler als Schülernmentoren Kindern aus Migrantenfamilien beim Lernen. Sie unterstützten auch deren Eltern, die kaum Deutsch sprechen, beim Elternabend oder dem Übersetzen von Dokumenten.

Demokratie bedeutet, Konflikte angemessen auszutragen. Eine Schule mit hohem Ausländeranteil in Berlin-Neukölln bot ihren Schülern einen regelmäßigen „Workshop Wut“ an. In vielen Schulen wurden Konfliktlotsen und Streitschlichter ausgebildet; Lehrer erhielten ein Mediationstraining. Bremer Schüler schafften es, dass sich in einer Unterschriftenaktion alle Abgeordneten des Landesparlaments für ein Projekt „Bremen gegen Rassismus – Bremen für Courage“ bekannten.

Andere informierten sich so detailliert über Kinderarmut in Deutschland, dass sie in der Debatte mit Politikern „auf gleicher Augenhöhe“ diskutieren konnten.

So vielfältig das Programm ist, so traurig ist es auch, dass die Föderalismusreform in Deutschland seine Fortsetzung verhindert, denn der Bund darf an solchen Projekten nicht mehr teilnehmen. Die BLK als Trägerin des Programms wird abgeschafft. Ein Vertreter des Berliner Bil-

dungssenators und KMK-Präsidenten Jürgen Zöllner kündigte gestern an, dass alle beteiligten Bundesländer ihre Projekte fortsetzen werden.

Aber die Initiatoren wollen das nicht dem Zufall überlassen. Also bildeten sie eine „Gesellschaft für Demokratiepädagogik“. Vorstandsvorsitzender ist der Bildungsforscher Edelstein. Man plant unter anderem die Gründung einer Fortbildungsakademie. Am Brandenburger Landesinstitut für Schule und Medien wurden in den letzten Jahren bereits 130 „Berater für Demokratiepädagogik“ ausgebildet, Lehrer, Psychologen, Sozialpädagogen, die als Multiplikatoren an den Schulen wirken sollen. Zur Orientierung dient ein neuer pädagogischer „Qualitätsrahmen“. Auch Berlin will seine Schulen und Schulinspektoren darauf einschwören.

*Das Land
Bayern
hatte
erklärt:
Unsere
Schulen
sind schon
demokratisch,
da
müssen wir
nichts tun.*

Berliner Zeitung 2.3.07